

THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Wir stehen hinter dem von Olaf Scholz und Karl Lauterbach vorgeschlagenen Stufenplan
- Wir stehen fest an der Seite des ukrainischen Staates und der Bevölkerung in der Ukraine
- Wir wollen der Beruflichen Bildung den Stellenwert einräumen, den sie verdient
- Ein Gesetz alleine digitalisiert noch gar nichts

Corona:

Wir stehen hinter dem von Olaf Scholz und Karl Lauterbach vorgeschlagenen Stufenplan!

Der Mittwochmorgen begann in Hinblick auf die Beschlüsse der letzten Ministerpräsidentenkonferenz mit der von Jamaika beantragten Regierungserklärung „Zurück zur Normalität“ (Drs. 19/3661). Dazu erklärt die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„Zunächst möchte ich allen Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien meinen ausdrücklichen Dank aussprechen, dass wir alle nie einen Zweifel daran haben aufkommen lassen, dass Impfungen der entscheidende und nachhaltigste Weg aus der Pandemie sind. Ich bin überzeugt, dass dieses geschlossene Auftreten der demokratischen Parteien in Schleswig-Holstein ein entscheidender Faktor für die hohe Impfbereitschaft in der schleswig-holsteinischen Bevölkerung gewesen ist. Ich kann es nicht häufig genug sagen: Es waren die Menschen, die sich haben impfen lassen und die sich weiterhin impfen lassen, die es uns jetzt überhaupt ermöglichen, stufenweise die anderen Maßnahmen zurückzunehmen.“

„Wir sollten aber auch nicht in Partystimmung verfallen und die Zeit sinnlos verstreichen lassen. Wir müssen alles dafür tun, dass wir im Herbst nicht noch einmal von einer „völlig überraschenden“ Entwicklung überrollt werden!“

Die SPD-Fraktion steht hinter dem von Olaf Scholz und Karl Lauterbach vorgeschlagenen Stufenplan. Besonders hervorzuheben ist, dass Olaf Scholz auch als Bundeskanzler seinen als Bundesfinanzminister begonnenen Kurs beibehält, und Kurzarbeitergeld und Überbrückungshilfen erneut verlängert. Selbstverständlich ist aber auch die ständige Überprüfung, ob die tatsächliche Pandemielage die angekündigten Lockerungen auch zulässt.

Viren führen jedenfalls keine Terminkalender und unsere Pläne und Hoffnungen sind Viren komplett egal. Ich möchte, dass die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden. Denken wir nur an den von Jamaika angekündigten Paradigmenwechsel nach den Sommerferien und an die



Ankündigung des Kollegen Koch von der CDU, der schon vor den Herbstferien das Ende der Delta-Welle kommen sah. Das Hin- und Her bei den Maskenpflichten an den Schulen. Oder zuletzt an die vielen Infektionen aufgrund der offenen Diskotheken zu Weihnachten.

Die Pandemie hat große Einschränkungen und Belastungen mit sich gebracht vor allem für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Sie haben zwar nicht die größten direkten gesundheitlichen Gefährdungen durch Corona aber eine starke sekundäre Krankheitslast durch psychische und physische Erkrankungen zu tragen. Zudem haben sie sehr viel erduldet und das in entscheidenden Lebensphasen. Wenn ich daran zurückdenke, was ich alles in dem Alter meiner Söhne machen und erleben durfte und das mit ihrem Corona-Alltag und dem ihrer Altersgenossen vergleiche, dann blutet mir das Herz. Aber meine Söhne sind noch relativ privilegiert. Ich bin in der verdichteten Wohnbebauung aufgewachsen. In einem sogenannten schwierigen Quartier. Und ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen: Da wird einem auch ohne Corona nichts geschenkt und der Weg zu den Hilfsangeboten ist im doppelten Sinne weit. Corona hat das gerade für diese Menschen alles noch verschärft.

Egal wer die Landesregierung führt und zukünftig führen wird. Gerade für die benachteiligten Quartiere benötigen wir ein massives Unterstützungsprogramm, damit die sowieso schon schlechteren Zukunftsaussichten der dort lebenden Kinder und Jugendlichen sich nicht noch weiter verschlechtern. Ich befürchte, das ganze Ausmaß der Pandemie haben wir noch nicht ansatzweise erfasst und deshalb müssen wir das auch jetzt massiv anpacken. Auch da hätte ich mir in der Regierungserklärung verbindlichere Aussagen gewünscht. Auch ich sehe einen Lichtblick am Ende des Tunnels und im Frühjahr und Sommer können wir sicher auf- und durchatmen. Wir sollten aber auch nicht in Partystimmung verfallen und die Zeit sinnlos verstreichen lassen. Wir müssen alles dafür tun, dass wir im Herbst nicht noch einmal von einer „völlig überraschenden“ Entwicklung überrollt werden.“

Außenpolitik:

Wir stehen fest an der Seite des ukrainischen Staates und der Bevölkerung in der Ukraine!

Am Donnerstag kam es anlässlich des Einmarsch russischer Truppen und den daraus folgenden dramatischen Entwicklungen zu einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der demokratischen Fraktionen mit dem SSW (Drs. 19/3662). Dazu hielt die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli, die Rede für die SPD-Fraktion:

„Es gibt Momente, in denen man das unguete Gefühl hat, hier passiert gerade etwas von welthistorischer Bedeutung. Ich hätte nie gedacht, dass ich in meinem Leben jemals den Satz aussprechen muss und werde: Wir haben Krieg in Europa. Das ist ein rabenschwarzer Tag für Europa, die Welt, für unsere gesamte Nachkriegsordnung und vor allem für die Menschen in der Ukraine. Mir ist an erster Stelle wichtig in dieser Situation zu betonen: Wir stehen fest an der Seite des ukrainischen Staates und der Bevölkerung in der Ukraine. Wir sind mit unserer ganzen Solidarität und unseren Herzen bei den Menschen.“

„Ich hätte nie gedacht, dass ich in meinem Leben jemals den Satz aussprechen muss und werde: Wir haben Krieg in Europa!“



Wir erleben eine Zeitenwende. Knapp 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges droht ein neuer Flächenbrand in Europa. Aufgabe ist es jetzt, eine solche Katastrophe zu verhindern. Der russische Angriff auf die Ukraine ist ein krasser Bruch des Völkerrechts, der durch nichts zu rechtfertigen ist und auf das Schärfste zu verurteilen ist. Russland muss diese Militäraktion sofort einstellen. Es ist das Ende unserer europäischen Friedensordnung, die auf der vor 49 Jahren verabschiedeten KSZE-

Schlussakte von Helsinki basiert. Vereinbart wurden: Souveräne Gleichheit aller Staaten, keine Androhung oder Anwendung von Gewalt sowie die Unverletzlichkeit der Grenzen.

Die damalige Sowjetunion hat das alles unterschrieben. Und die Russische Föderation hat sich 1992 ebenso dazu bekannt. Das war ein großer Sieg der Menschlichkeit. Die Verwirklichung eines Prinzips, das Egon Bahr gerne als die Stärke des Rechts gegenüber dem Recht des Stärkeren bezeichnet hat. All das ist weggefegt durch Putins Großmachtstreben. Spätestens seit Beginn des Angriffskriegs ist klar, was wir in Putins aggressiven und rein nationalistischen Rede bereits feststellen konnten: Es geht Putin nicht um die Ostukraine, es geht ihm um den gesamten ukrainischen Staat, dessen Legitimation er nicht anerkennt. Es geht ihm darum, die geostrategische Lage in Europa zu verändern. Putin verschiebt die Grenzen Europas mit militärischer Gewalt!

Darauf muss es jetzt sehr schnell und eng abgestimmt mit unseren Partnern in EU, NATO und der G7 entschlossene Reaktionen geben. Und das passiert gerade. Je mehr sich Russland isoliert, desto fester suchen wir den Schulterschluss. Das muss jetzt sehr deutlich werden. Harte Sanktionen müssen auf die bereits gestern durch die EU verhängten folgen. Sie müssen Russland wirtschaftlich und finanziell treffen mit Folgen, die Russland nicht länger ignorieren kann!

Bildung:

Wir wollen der Beruflichen Bildung den Stellenwert einräumen, den sie verdient!

Seit Amtsbeginn Jamaikas erleben wir, wie diese Landesregierung den wichtigen Bereich der Beruflichen Bildung vernachlässigt. Die SPD hat das zum Anlass genommen, dieses Thema zu einem Schwerpunkt der Februar-Sitzung des Landtages zu machen und hat deshalb dafür gleich zwei Anträge eingereicht (Drs. 19/3636 und Drs. 19/19/3637). Dazu nahm die Sprecherin für Berufliche Bildung, Kirsten Eickhoff-Weber, für die SPD-Fraktion an der Aussprache im Parlament teil:

„Die Landesregierung legt uns 2022 eine auf Schleswig-Holstein heruntergebrochene Auswertung der deutschlandweiten Bildungsberichterstattung vor, die ganz und gar auf das allgemeinbildende Schulsystem fokussiert ist. Selbst das eigenständige Kapitel „Übergang Schule – Beruf“ ist immer von der Perspektive der allgemeinbildenden Schulen her gedacht. Das widerspricht völlig dem Verständnis von zwei nicht gleichen, aber gleichwertigen Säulen unseres Schulsystems, die heute mehr denn je gegenseitig durchlässig sein müssen.

„Die amtierende Regierungskoalition denkt unser Schulsystem eben nicht vernetzt, im Gegenteil, die Durchlässigkeit wird immer weiter erschwert!“

Die amtierende Regierungskoalition, denkt unser Schulsystem eben nicht vernetzt, im Gegenteil, die Durchlässigkeit wird immer weiter erschwert. Im Koalitionsvertrag wurden das SHIBB, die landesweite Schulentwicklungsplanung und die Aufsplitterung der Bildung in die Zuständigkeiten von Bildungsministerium für die allgemeinbildenden und Wirtschaftsministerium für die berufsbildenden Schulen vereinbart. Doch dann passierte erst einmal nix. Das Thema versank im Bermudadreieck zwischen Bildungsministerium, Wirtschaftsministerium und Staatskanzlei; Wirtschaftsminister und Bildungsministerin stritten sich auf offener Bühne, der Ministerpräsident schwieg! Erst



2021 wurde das SHIBB mit Blick auf das gelungene Hamburger Vorbild gegründet, aber es wird den Erwartungen und Möglichkeiten nicht gerecht. Während das HIBB als Flaggschiff der beruflichen Bildung offensiv für die Chancen der Beruflichen Bildung eintritt, wichtige Projekt zentral anstößt und mit allen Beteiligten zum Erfolg führt und Berufliche Bildung öffentlich repräsentiert, kommt das SHIBB über das Prädikat „nachgeordnete Behörde des Wirtschaftsministeriums“ nicht hinaus. Und das ist nicht die Verantwortung der engagierten Kräfte im SHIBB, das ist die Verantwortung der Landesregierung, und ebenso, dass die Schulentwicklungsplanung nicht schon weiter ist.

Wenn wir die Herausforderungen der Fachkräftesicherung endlich ernstnehmen, brauchen wir eine ambitionierte, landesweite Schulentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen! Die Diskussionen um den Trave-Campus haben uns das gerade vor Augen geführt: nur mit Beteiligung aller Akteure werden tragfähige Konzepte entwickelt!“

Digitalisierung:

Ein Gesetz alleine digitalisiert noch gar nichts!

Jamaika hat sich die Digitalisierung der schleswig-holsteinischen Verwaltung auf die Fahnen geschrieben. Jetzt, zum Ende der Legislaturperiode hin, verabschiedete das Kabinett ein Digitalisierungsgesetz (Drs. 19/3635). Ein Änderungsvorschlag der SPD-Fraktion dazu wurde im Ausschuss zuvor abgelehnt. Dass der Fortschritt der Digitalisierung durch Jamaika allerdings alles andere als ein Erfolgsmodell geworden ist, weiß der digitalisierungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kai Dolgner:

„Die tatsächliche digitale Leistungsbilanz von Jamaika ist so mau, dass man sich bei von der Landesregierung beworbenen Digitalisierungsprojekten, entweder mit fremden Federn schmücken muss oder so tut, als ob unfertige Produkte bereits allgemein betriebsbereit wären. Ein bisschen weniger Werbung und ein bisschen mehr Ehrlichkeit wären gut gewesen, denn nur dann kann man ernsthaft analysieren, wo wir bei der Digitalisierung besser werden müssen.

„Ein bisschen weniger Werbung und ein bisschen mehr Ehrlichkeit wären gut gewesen, denn nur dann kann man ernsthaft analysieren, wo wir bei der Digitalisierung besser werden müssen!“



Die ist insofern bitter am Ende einer Amtszeit, vor allem weil die Digitalisierung doch ein großes Projekt von Jamaika werden sollte. Offenbar geht Herr Albrecht davon aus, dass das Gesetz ganz von alleine die Verwaltung digitalisieren würde – ohne zusätzliche Mittel oder Personal. Das kann und wird so nicht klappen, denn jeder, der einmal eine Digitalisierung – zum Beispiel in der freien Wirtschaft – mitgemacht hat, weiß, dass dies zusätzliches Geld und mindestens für die Übergangszeit mehr Personalaufwand bedeutet.

Und dann soll die Verwaltung auch noch in Einzelprojekten entwickelt werden – früher nannte man so etwas Flickenteppich. Leider konnte sich Jamaika nicht einmal dazu entschließen, auch Kreise und Kreisfreie Städte, wenn sie als Landesbehörde tätig sind, zu einer vollständigen Digitalisierung zu verpflichten – geschweige denn den Kommunen die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Falls es Herrn Albrecht entgangen sein sollte, seine Beispiele wie die Änderung der Wohnadresse, die Verlängerung des Führerscheins oder die Bezahlung von Gebühren, machen die Bürgerinnen und Bürger nämlich gegenüber ihrer Kommunalverwaltung. Deshalb ist es schade, dass der entsprechende SPD-Antrag im Ausschuss abgelehnt wurde. Wir hätten die Behörden nämlich dazu verpflichtet, grundsätzlich auf schriftliche Anträge zu verzichten, außer

wenn die Behörde selbst nachweisen kann, dass ein schriftlicher Antrag unverzichtbar ist. Einen digitalen Personalausweis gibt es nämlich schon lange, nur machen kann man mit ihm nicht viel, weil es ja angeblich ja überall trotzdem der Schriftform bedarf. Aber das alles muss unseren Digitalisierungsminister ja nicht mehr kümmern. Nachdem er zweieinhalb Monate vor der Landtagswahl am Ende der Legislaturperiode zumindest überhaupt einmal ein Digitalisierungsgesetz vorgelegt hat, überlässt er es seiner Nachfolgerin bzw. seinem Nachfolger, die Theorie seines Gesetzes in die Wirklichkeit umzusetzen.“

Impressum

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Pressesprecher: Heimo Zwischenberger
Layout: Marie Strake

Postfach 7121, 24171 Kiel

SPD **FRAKTION
SCHLESWIG-
HOLSTEIN**